



Bürgerkriegs-Flüchtlinge aus Bosnien: An der deutschen Grenze zurückgewiesen, um einen „Dammbruch“ zu verhindern

Außenpolitik

Salto in Bonn

Die Bundesregierung läßt widerwillig Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina einreisen.

Innenminister Rudolf Seiters (CDU) und Außenamtschef Klaus Kinkel (FDP) lobten sich ganz unbescheiden. Die Bundesregierung, ließen sie am Mittwoch voriger Woche in pastoraalem Ton verbreiten, trage „nach besten Kräften“ dazu bei, die Not der „bedrängten Menschen“ aus Bosnien-Herzegowina zu „lindern“. Das „Hauptziel“ müsse die „Hilfe vor Ort“ sein.

Auf dem Salzburger Hauptbahnhof und am deutsch-österreichischen Grenzübergang Walserberg bei Bad Reichenhall erlebten zur selben Stunde Dutzende von bosnischen Flüchtlingen, was die Worte der beiden Minister in Wahrheit bedeuten.

Bayerische Grenzpolizisten zwangen Frauen, Männer und Kinder, Alte und Kranke, die oft nichts mehr als ihr Leben gerettet hatten, die in Richtung Deutschland fahrenden Züge zu verlassen, oder schickten sie auf der Autobahn nach Österreich zurück – weil sie nicht das nötige Einreisevisum besaßen.

Das Visum konnten sich die Flüchtlinge gar nicht besorgen. In Bosnien-Herzegowina gibt es noch keine deutsche Botschaft, die Visa ausstellt.

Bis an die deutsche Grenze hatten sich die Flüchtlinge schon durchgeschlagen, als sie erfuhren, was mit der „Hilfe vor Ort“ gemeint ist. Scheinbar

großzügig werden Decken, Kleidung und Nahrungsmittel in das „Verbindungsbüro Deutsche Humanitäre Hilfe“ nach Zagreb geschafft – in der Hoffnung, daß die vom Bürgerkriegsbedrohten Bosnier dann aber auch bleiben, wo sie sind.

Die menschlichen Tragödien spielen sich in Salzburg ab. Mehr als 1200 Flüchtlinge nahm die Stadt schon auf – in Turnhallen, einem Zeltlager und im ehemaligen „Hotel Winkler“. Über 200 Bosnier, darunter 30 schwangere Frauen und 70 Kinder, wurden in dem Hotel notdürftig untergebracht.

Caritas-Schwester Barbara Hellmayr, 33, beobachtet das Flüchtlingselend Tag

für Tag: „Sie wachen nachts auf und schreien, weil sie träumen, noch mitten im Krieg zu sein.“ Andere geistern durch das Hotel und rufen, daß ihre zu Hause gebliebenen Verwandten „hoffentlich nur erschossen und nicht auch noch massakriert“ werden.

Hunderte von Flüchtlingen stehen tagsüber vor dem deutschen Generalkonsulat Schlange, um ein Visum zu beantragen. Doch darauf müssen die Flüchtlinge wochenlang warten. Mit einer Reihe von Winkelzügen versucht die Bundesregierung, die Zuwanderung zu verhindern.

Anfang April war sich das Kabinett noch darin einig gewesen, die bisherige



Bosnische Flüchtlinge (in Salzburg): „Sie träumen, noch im Krieg zu sein“

Außenpolitik gegenüber den nunmehr souveränen jugoslawischen Teilrepubliken beizubehalten. Wie im Fall Sloweniens und Kroatiens sollte Bosnien diplomatisch anerkannt, auf die Visumpflicht verzichtet werden.

Als Bonn die Regierung in Sarajevo am 10. April anerkannte, den Zwang zum Sichtvermerk aber beibehielt, regte sich im Auswärtigen Amt (AA) Widerspruch. Daß die Bundesregierung dem Staat Bosnien-Herzegowina durch die Anerkennung einen „Status quo plus“ ermögliche, dessen Bürgern aber mit der Visumpflicht einen „Status quo minus“ verordne, bewertete ein Diplomat als „rechtstechnischen Salto“ und „völkerrechtlichen Schildbürgerstreich“.

Für die merkwürdige Praxis zeichnete das Innenministerium verantwortlich. Doch als AA-Staatssekretär Dieter Kastrup in einem Brief an Innen-Staatssekretär Hans Neusel die Abschaffung der Visumpflicht anmahnte, antwortete der nur mit der unverbindlichen Ankündigung, man wolle „Abhilfe schaffen“.

Am 6. Mai, die ersten Flüchtlingsströme bewegten sich bereits in Richtung Norden, wies das Innenministerium den Bundesgrenzschutz an, Bosnier ohne Visum an den Grenzübergängen zurückzuweisen – um einen „Dammbruch“ zu verhindern, wie es hieß.

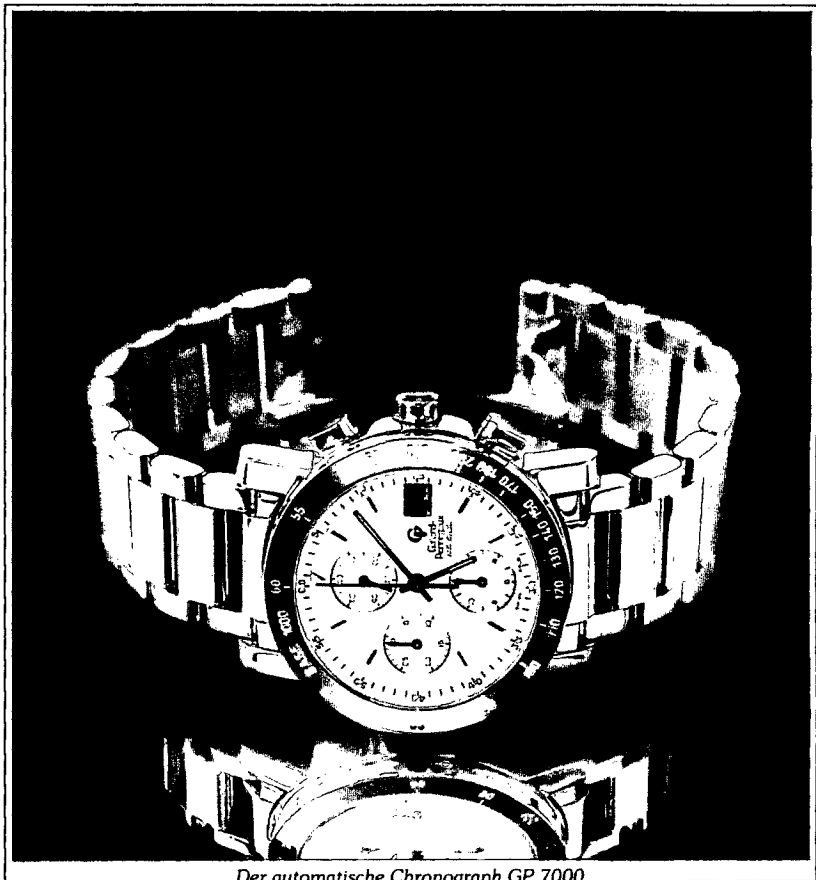
Ausnahmen sollten nur für Transitreisende, Geschäftsleute und Ehegatten sowie Kinder von bosnischen Bürgern gelten, die in Deutschland ein Bleiberecht haben.

Die Argumentation im Hause Seitzers: In der Bundesrepublik lebten schließlich schon 700 000 jugoslawische Gastarbeiter und 100 000 Flüchtlinge aus Kroatien und Slowenien, die bei ihren Angehörigen unterkamen.

Mit ihrer Unnachgiebigkeit stand die Bundesregierung nicht allein. Die italienische Regierung rief am vorigen Dienstag den „Notstand“ aus, weil am Wochenende zuvor gerade mal 1320 Bosnier erschöpft an der italienischen Grenze angekommen waren. In Rom wurde eine „albanische Lösung“ nicht ausgeschlossen: der Rücktransport der Flüchtlinge zurück in den Bürgerkrieg.

Die Bundesregierung blieb zunächst unbeirrt. Erst nachdem immer mehr Fernsehbilder das Ausmaß der Zerstörungen in Bosnien-Herzegowina und das Leid der Zivilbevölkerung gezeigt hatten, wuchs im Kanzleramt die Bereitschaft zu einem leichten Kurswechsel.

Druck gemacht hatte auch Österreich. Auf der internationalen Konferenz über die Bosnien-Flüchtlinge in Wien stellten die Österreicher klar, daß die Lasten des Bürgerkriegs gemeinsam getragen werden müßten, etwa durch



Der automatische Chronograph GP 7000

Männlich essentiell in der Form vereinigt diese Uhr klare Linienführung mit funktioneller Strenge. Kostbar in Gelb- oder Rosagold. Klassisch in der Kombination Stahl/Gold. Verblüffend in der ausgesuchten Harmonie von Rosagold und Silber. Überzeugend einfach in Stahl. Mit einem Armband aus Stahl, Stahl/Gold, Gold oder handgenähtem, exklusivem Leder.

Girard-Perregaux

Manufacture de montres d'exception
depuis 1791



Weitere Informationen und Kataloge:
H.T. TIME Handels GmbH, Heinrich-Heine-Allee 4, 4000 Düsseldorf
Telefon (0211) 13 11 99

Aufnahmequoten für die Nachbarländer.

Die Innenminister der Länder und ihr Bonner Ressort-Kollege Seitzers kamen am vorigen Freitag in Bonn denn auch überein, die Visumpflicht beizubehalten, die Einreisebestimmungen aber zu lockern:

- ▷ Verwundete und Kranke aus Bosnien-Herzegowina sollen bevorzugt aufgenommen werden;
- ▷ Bosnier dürfen einreisen, wenn Verwandte, Bekannte oder Wohlfahrtsorganisationen die Kosten für Unterkunft und Verpflegung tragen;
- ▷ bis zum 30. September sollen Bürgerkriegsflüchtlinge aus Kroatien und Bosnien, die sich bereits in der Bundesrepublik aufhalten, nicht abgeschoben werden.

Darüber hinaus sind die Bundesländer bereit, bosnische Flüchtlinge aufzunehmen, sobald eine europäische Kontingent-Vereinbarung getroffen worden ist.

Um vor Ort zu helfen, hat die Europäische Gemeinschaft am vorigen Donnerstag eine 60 Millionen Mark teure „Lkw-Brücke“ von Belgien und den Niederlanden nach Zagreb und Belgrad eröffnet. 400 Lastwagen mit 50 000 Decken, 59 000 Matratzen, tonnenweise Mehl, Speiseöl, Fischkonserven sollen in den nächsten vier Wochen in die beiden Städte rollen.

Ein Ende des Massen-Exodus ist nicht absehbar. Das Uno-Flüchtlingskommissariat rechnet mit rund 1,2 Millionen Flüchtlingen aus den früheren jugoslawischen Teilrepubliken. Mindestens 350 000 der drei bis vier Millionen Menschen aus Bosnien-Herzegowina drängen nach Schätzungen des Auswärtigen Amtes nach Norden – zunächst nach Slowenien, weil das benachbarte Kroatien sie kaum noch aufnehmen kann.

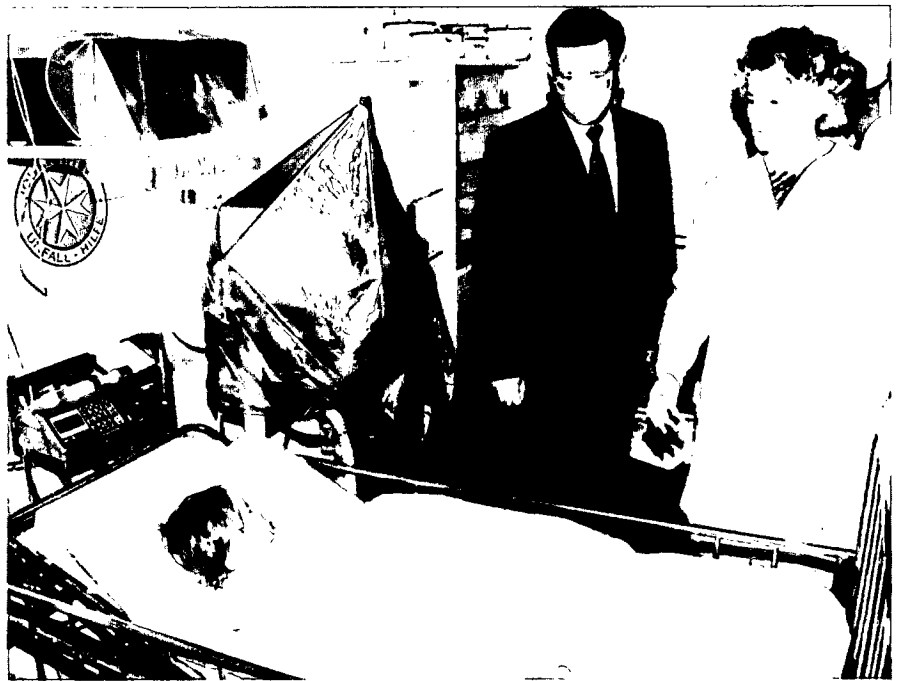
Viele aber wollen nach wie vor in Österreich, Ungarn, Italien und vor allem in Deutschland Zuflucht suchen.

Entwicklungshilfe

Hüpfen mit leerem Beutel

Viele Bonner Minister wollen den GUS-Staaten helfen – und jeder möchte alle anderen möglichst ausbooten.

Eberhard von Puttkamer, deutscher Generalkonsul im russischen St. Petersburg, wollte nicht glauben, was ihm sein Gast erzählte: Der Berliner Eike Warweg, ehemals Pressesprecher im Neuköllner Bezirksamt, berichtete voller Stolz, er sei seit Monatsan-



Entwicklungshilfeminister Spranger in Minsk: „Geld allein bringt nichts“

fang als „kommunaler Berater“ im Petersburger Stadtbezirk Puschkin tätig – im Auftrag des Bonner Entwicklungsministeriums.

Offen plauderte Warweg über seine Bestellung: Nach einem Dauerkrach mit seinem Chef habe er sich auf die Suche nach einem neuen Job begeben. Der Puschkiner Bürgermeister Nikiforow, den er seit Jahren kenne, habe ihn brieflich bei Entwicklungshilfeminister Carl-Dieter Spranger (CSU) als Berater angefordert. Der habe „sehr rasch zugestimmt“.

Das Bonner Verteidigungsministerium besorgte Warweg ebenso schnell einen Mitarbeiter mit „Rußlanderfahrung“: den früheren NVA-Oberst Müller. Außer den Beteiligten erfuhr weder in Bonn noch in Moskau oder St. Petersburg irgend jemand von der tätigen Doppelhilfe.

Puttkamer beendete das Gespräch mit gewohnter Diplomatenhöflichkeit. Hinterher ging er hoch. Die „Umbruchsituation“ in Rußland dürfe in Bonn nicht dazu genutzt werden, daß „nach Gutdünken von einzelnen überfallartig und unkontrolliert“ Projekte und Personen lanciert würden. Schließlich gebe es eine „Abstimmungspflicht“ der Ressorts.

Von einer Abstimmung unter deutschen Ämtern bei der Ost-Hilfe kann keine Rede sein. 14 Bundesministerien fühlen sich berufen, den Osten Europas zu retten, jedes auf seine Weise. Daneben tummeln sich Landesregierungen, Dutzende Städte und über 150 private Hilfsorganisationen.

Jeder „tut oft sehr beherzt das Falsche“, klagt der SPD-Experte Hans Walow über das „Chaoten-Management“

der deutschen Hilfsaktionen. Vor allem die Ministerien „konkurrieren mit isolierten Einzelaktionen und blockieren sich dadurch gegenseitig“.

Für den „Aufbau marktwirtschaftlicher und mittelständischer Strukturen“ glaubt sich Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann (FDP) zuständig. Soziale Netze will Norbert Blüm (CDU) aufbauen, den Wohnungsbau die Liberale Irmgard Schwaetzer voranbringen.

Allein im „Gesamtkonzept“ der Bonner Regierung „zur Beratung beim Aufbau von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie der GUS“ werden über drei Dutzend Vorhaben aufgeführt, bei denen fast alle Bonner Ministerien mitmischen.

So ist das Ministerium für Familie und Senioren mit 750 000 Mark dabei, um in der Alten- und Wohlfahrtspflege deutsches Know-how zu vermitteln. Blüms Arbeitsministerium spendiert 10 Millionen Mark für die „Beratung bei der Reform der sozialen Sicherung“ – was immer das heißt. Bauministerin Schwaetzer will allen Ernstes für 200 000 Mark Serviceleistungen bei der „Privatisierung im Bereich Wohnungsbau“ andienen – ein Unterfangen, mit dem sie in Ostdeutschland gescheitert ist.

Sprangers rühriges Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) gibt 20 Millionen Mark, um die Ost-Staaten mit „Senior Experten“ zu beglücken und um die „Partnerschaft von Kammern und Sparkassen“ zu unterstützen. Auch für die „Verwaltungsförderung“ und den „Aufbau von gesellschaftspolitischen